K-06-074-2

Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu K-06

Von Zeile 73 bis 74 einfügen:
basiert. Das ist nicht nur von zentraler Bedeutung für das Klima und die Frage der Energieunabhängigkeit, sondern auch, um den Anstieg der Energiekosten zu bremsen.

Geschlechtergerechtigkeit muss im Klimaschutzgesetz und den Maßnahmenprogrammen verankert werden. Dazu sollte das Gesetz um einen Abschnitt mit Grundsätzen zur Gestaltung der konkreten Klimapolitik ergänzt werden – wie die Berücksichtigung und Förderung der sozialen und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen.
Ein Aktionsplan für Geschlechtergerechtigkeit aufgestellt werden, der – analog zum Gender Action Plan des United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) – die erforderlichen Schritte für eine gerechte Klimapolitik benennt, wer daran beteiligt und wie das Monitoring durchgeführt werden soll.
In allen mit Klimapolitik befassten Ministerien und Gremien muss die notwendige Genderexpertise aufgebaut und, solange diese nicht vorhanden ist, externe Genderexpertise eingebunden werden.
Eine nach Geschlecht disaggregierte, intersektional ausgerichtete Wissensbasis aufgebaut werden. Als wichtiger Schritt zur Bestandsaufnahme vorhandener Erkenntnisse und Identifizierung des Forschungsbedarfs sollte der nächste Gleichstellungsbericht sich mit der Geschlechterperspektive der Klimapolitik befassen.
Klimapolitische Maßnahmen und Programme werden einer Genderanalyse (Gender Impact Assessment – GIA und/oder Gender Budgeting) unterzogen. Hierzu, und für das begleitende Monitoring, müssen die entsprechenden Ressourcen (personell und finanziell) zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Frauen sind oft stärker von der Klimakrise betroffen, obwohl sie sie weniger verursacht haben. Wir Bündnisgrüne sind von Anbeginn eine feministische Partei und müssen uns deshalb dafür einsetzen, dass diese Ungerechtigkeit ein Ende hat.

weitere Antragsteller*innen

Katinka Wellnitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Talip Törün (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Jonathan Morsch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Rosalie Ost (KV Berlin-Pankow); David Meier (KV Berlin-Neukölln); Julia Dittmann (KV Berlin-Kreisfrei); Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln); Luna Afra Evans (KV Berlin-Pankow); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Stefan Krischer (KV Aachen); Emma Lou Unser (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Luis Höhne (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Robin Miller (KV Berlin-Mitte); Loretta Alcamo (KV Berlin-Neukölln); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.